

Die Stunde der EU 10.11.2010



MINSK/BERLIN (Eigener Bericht) - Vor den Präsidentschaftswahlen in Belarus am 19. Dezember drängt Berlin die dortige Regierung zu engerer Anbindung an die EU. Brüssel wolle Minsk mit bis zu drei Milliarden Euro unterstützen, wenn Staatspräsident Lukaschenko entsprechend kooperiere, heißt es nach einem Besuch des deutschen Außenministers in der belarussischen Hauptstadt in der vergangenen Woche. Andernfalls könnten die EU-Sanktionen jederzeit wieder in Kraft gesetzt werden. Seit die Regierung Russlands begonnen hat, Belarus ökonomisch und politisch unter Druck zu setzen, hofft Berlin auf eine größere Unterordnungsbereitschaft in Minsk. Insbesondere wollen deutsche Firmen bei den Privatisierungen zum Zuge kommen, die die belarussische Regierung angekündigt hat. Die Bundesregierung bindet Polen und Litauen in ihre Verhandlungen ein: Beide Länder sind Standort von Einrichtungen, die mit subversiven Aktivitäten in Belarus in Verbindung gebracht werden und einst installiert wurden, um die vom Westen aufgebaute Opposition zu stärken. Seine Kontakte zur belarussischen Opposition hält Berlin ungeachtet einer möglichen engeren Kooperation mit der Regierung Lukaschenko weiter aufrecht.

Minsk in Schwierigkeiten

Mit dem Besuch zweier deutscher Minister in Belarus hat Berlin letzte Woche seinem Verlangen nach engerer Anbindung des Landes Ausdruck verliehen. Mit Außenminister Guido Westerwelle und Kanzleramtsminister Ronald Pofalla hielten sich erstmals seit mehr als zehn Jahren deutsche Bundesminister in Minsk auf. Brüssel wolle Finanzhilfen in einer Höhe von bis zu drei Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren bereitstellen, wenn Minsk sich kooperativ gebe, hieß es während Westerwelles Besuch.[1] Die Bundesregierung und die EU gehen davon aus, dass die Summe eine hohe Anziehungskraft für die belarussische Regierung besitzt: Die früher exklusiven Beziehungen zwischen Minsk und Moskau sind seit einigen Jahren von zunehmenden Spannungen geprägt [2], die unlängst in eine harte russische Medienkampagne gegen den belarussischen Staatspräsidenten Aleksandr Lukaschenko mündeten. Belarus steht ökonomisch und politisch unter beträchtlichem Druck: Die Sanktionen der EU sind zwar ausgesetzt, können allerdings jederzeit wieder aktiviert werden. Die beabsichtigte Annäherung an Venezuela und das lateinamerikanische Bündnis ALBA genügt nicht, um die Schwierigkeiten mit Moskau und mit Brüssel auszugleichen. Berlin sieht die Stunde der EU gekommen.

Privatisierungspläne

Hintergrund der neuen deutschen Initiative zur Anbindung Belarus' ist das Bestreben der deutschen Wirtschaft, ihre Geschäfte in dem osteuropäischen Land auszuweiten. Das Handelsvolumen ist in den letzten Jahren - abgesehen vom üblichen krisenbedingten Einbruch 2009 - stark gestiegen. Die Bundesrepublik verzeichnet dabei einen hohen Handelsüberschuss. Mit den Investitionen klappt es allerdings noch nicht wie gewünscht: Der deutsche Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen in Belarus ist mit 1,1 Prozent vernachlässigbar. Begehrlichkeiten weckt der in Kürze bevorstehende Verkauf von Staatsbesitz. "75 Prozent des Kapitalstocks der Wirtschaft befinden sich zurzeit noch in Staatshand", heißt es in einem aktuellen Marktbericht der Außenwirtschaftsagentur Germany Trade and Invest (gtai).[3] "Die Regierung von Belarus hat umfassende Privatisierungen beschlossen", hat erst kürzlich der belarussische Botschafter in Deutschland bestätigt.[4] Wie gtai schreibt, erstrecken sich die derzeitigen Privatisierungspläne "auf nahezu alle Branchen und Sektoren - von Banken und Einzelhandelsunternehmen über Betriebe in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie bis hin zu Unternehmen des Maschinen- und Nutzfahrzeugbaus, der Chemie und Erdölverarbeitung sowie der Leichtindustrie (Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren)".[5] Beim möglichen Ausverkauf der belarussischen Energiebranche decken sich wirtschaftliche und politische Interessen: Das Land bleibt auch nach der Fertigstellung der Ostsee-Pipeline ein bedeutender Transitstaat für die Einfuhr russischer Energieressourcen.

Wahlbeobachter

Aktueller Anlass der deutschen Anbindungsinitiative sind die Präsidentschaftswahlen, die am 19. Dezember in Belarus stattfinden. Experten in den zuständigen deutschen Regierungsstellen sowie seriöse Beobachter sind sich

darin einig, dass Amtsinhaber Lukaschenko mit einer klaren Mehrheit wiedergewählt werden wird, weil deutlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung seine Amtsführung billigt und die Opposition nach wie vor zersplittert und einflusslos ist. Weil Berlin und die EU ihre Konfrontationspolitik gegenüber Belarus bislang stets mit dem Vorwurf begründeten, Minsk lasse freie Wahlen nicht zu und verhindere damit einen Machtwechsel, heißt es nun, den Wahlen am 19. Dezember komme für eine zukünftige Annäherung entscheidende Bedeutung zu: Genügten sie den Ansprüchen westlicher Wahlbeobachter, dann könne die Minsker Regierung auf gute Beziehungen hoffen. Die faktischen Interpretationsspielräume bei der Beurteilung von Wahlen lassen in jedem Fall ein Urteil zu, das zugleich den politischen Erwartungen und dem aktuellen Stand der Zusammenarbeit entspricht.

Prowestliche Eliten

Bei der Neugestaltung der deutsch-europäischen Belarus-Politik bezieht die Bundesrepublik Polen und Litauen ein. Beide Staaten haben ein prinzipielles Interesse an enger Kooperation mit Belarus, mit dem sie jeweils eine längere Grenzstrecke teilen. Beide Staaten sind jedoch auch Standort von Einrichtungen, die vor wenigen Jahren installiert wurden, um die Opposition gegen Staatspräsident Lukaschenko zu unterstützen. Vor seinem Besuch in Belarus hielt sich Außenminister Westerwelle in Vilnius auf und konferierte mit der dortigen Regierung über seinen Auftritt in Minsk. Litauen ist Standort der European Humanities University (EHU), einer Hochschule, die - 1992 gegründet - zu Anfang ihren Sitz in Minsk hatte, bis sie im Jahr 2004 von der Regierung geschlossen und 2006 in Litauen als private Universität wiedereröffnet wurde - auf Betreiben westlicher Staaten. Die EHU, die sich bis heute an belarussische Studierende richtet, arbeitet seit ihrer Gründung nach westlichen Standards und bildet damit eine prowestliche belarussische Elite heran. Ihre Schließung wurde zu einer Zeit verfügt, da der Westen erklärtermaßen einen Umsturz in Belarus anstrebte [6] und die Hinweise sich mehrten, ihr Rektor Anatoli Michailow, Träger eines hohen deutschen Staatsordens, werde aus dem Ausland gezielt zum Gegenkandidaten von Staatspräsident Lukaschenko aufgebaut (german-foreign-policy.com berichtete [7]).

Belsat

Bei seinem Besuch in der letzten Woche traf Außenminister Westerwelle gemeinsam mit seinem polnischen Amtskollegen Radoslaw Sikorski in der belarussischen Hauptstadt ein. Polen ist nicht nur über die polnischsprachige Minderheit in Belarus involviert [8], es betreibt zudem einen TV-Sender (Belsat), der von Warschau aus in den Nachbarstaat hineinoperiert [9] - in belarussischer Sprache und zur Unterstützung der Opposition. Bereits in der kurzen Zeit seit der Inbetriebnahme des Senders Ende 2007 hat sich Belsat als ein äußerst flexibles politisches Instrument erwiesen; Beobachter bringen seine Personalwechsel mit gegenüber der Regierung in Minsk unterschiedlich aggressiven Sendepraktiken in Verbindung. Belsat, das vom polnischen Außenministerium und von der EU finanziert wird, zählt zu seinen "Medienpartnern" neben Radio Free Europe/Radio Liberty auch Deutsche Welle TV. Der Sender erreicht eigenen Angaben zufolge inzwischen immerhin zehn Prozent der belarussischen Bevölkerung.

Druckmittel

Wie das Auswärtige Amt mitteilt, trafen Westerwelle und Sikorski in Minsk nicht nur Vertreter der Regierung, sondern auch Aktivisten der Opposition, die freilich bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember erneut zersplittert antritt und keinerlei Aussicht auf Erfolg hat. Dennoch hält Berlin sich die belarussische Opposition weiter warm, um gegebenenfalls den Druck auf die jetzige Regierung weiter erhöhen zu können - dann, wenn die verlangte Annäherung inklusive Ausverkauf staatlicher belarussischer Unternehmen an deutsche Firmen nicht im gewünschten Umfang zustande kommt.

Nähere Informationen über die Entwicklung der deutschen Belarus-Politik finden Sie hier: [Ehemaliger Präsident des deutschen Auslandsgeheimdienstes: Wahlen in Weißrussland "unfair"](#) , [Berlin verstärkt Unterstützung der weißrussischen Opposition](#) , ["Über Polen nach Osten"](#) , [Optionen](#) , [Deutsche Befreier](#) , [Exil-Elite](#) , [Akademische Interventionen](#) , [Umsturz, neue Folge](#) , [14 Millionen für den Umsturz](#) , [Frontalzusammenstoß](#) , [Der Große Krieg](#) , [Traditionsradio](#) , [Über Minsk hinaus](#) , [Zehntausend plus](#) , [Ein angekündigter Umsturzsversuch](#) , [Ehrenamtlicher Berater](#) , [Die letzte Bastion](#) , [Gelehrige Schüler](#) , [Transformationsprobleme](#) und [Pragmatisch](#) .

[1] Außenminister fordert freie Wahlen; www.faz.net 03.11.2010

[2] s. dazu [Pragmatisch](#)

[3] In Belarus wird wieder über Privatisierung nachgedacht; www.gtai.de 09.06.2010

[4] Belarus wirbt um ausländische Investoren; www.ost-ausschuss.de 01.11.2010

[5] In Belarus wird wieder über Privatisierung nachgedacht; www.gtai.de 09.06.2010

[6] s. dazu [Optionen](#) und [Umsturz, neue Folge](#)

[7] s. dazu [Deutsche Befreier](#) , [Exil-Elite](#) und [14 Millionen für den Umsturz](#)

[8] s. dazu [Frontalzusammenstoß](#)

[9] s. dazu Pragmatisch

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com